

III-173 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen
des Nationalrates VII. Gesetzgebungsperiode



Bericht
über den schulischen Teil der
Berufsausbildung
(Lehrlingsausbildung)
in Österreich
1993



**Der Bundesminister
für Unterricht und Kunst**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkung	2
Die Stellung der Berufsschule in der Lehrlingsausbildung	3
Die Aufgabe der österreichischen Berufsschulen	7
Die Organisation der Unterrichtszeit in der Berufsschule	9
Die schulische Vorbildung der Berufsschüler	13
Die schulische Vorbildung männlicher und weiblicher Berufsschüler	15
Die Lehrpläne der Berufsschule	17
Die Lehrer an Berufsschulen	23
Aktuelle Problemstellung	
Voraussichtliche Entwicklung der Lehrlingszahlen ..	26
Aktuelle Problemstellung	
Berufsschülern mit nichtdeutscher Muttersprache ...	31
Aktuelle Problemstellung	
Internationalisierung	33
Ausblick	37
Verzeichnis der Tabellen und Grafiken	
Quellenverzeichnis	

Vorbemerkung

Der Nationalrat hat in seiner Sitzung am 3. Oktober 1991 anlässlich der Verhandlung des Berichtes des Handelsausschusses einen Antrag betreffend einen Bericht über die Berufsausbildung in Österreich (228 der Beilagen) die mitfolgende EntschlieÙung Nr. E 24 angenommen:

1. Der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten wird ersucht, dem Nationalrat einen schriftlichen Bericht über die Berufsausbildung (Lehrlingsausbildung) in Österreich einschließlich der beruflichen Weiterbildung (innerbetriebliche Weiterbildung und Weiterbildung durch öffentliche und andere Träger) zu geben. Dieser Bericht soll als Teil des nächsten Mittelstandsberichtes und sodann in zweijährigen Abständen vorgelegt werden.
2. Der Bundesminister für Unterricht und Kunst wird ersucht, hinsichtlich des schulischen Teiles der Berufsausbildung einen schriftlichen Bericht zu erstellen und ihn gemeinsam mit dem nächsten Mittelstandsbericht in zweijährigen Abständen dem Nationalrat vorzulegen.

Wie aus dem EntschlieÙungsantrag hervorgeht, ist der Bericht über die Berufsschule in Korrespondenz zum Bericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten zu lesen. Dies deshalb, weil durch die Besonderheiten des dualen Systems der Auszubildende zugleich Berufsschüler und Lehrling ist.

Der Bericht 1991 gab Auskunft über die Stellung der Berufsschule im dualen System, den strukturellen und organisatorischen Aufbau sowie aktuelle Problemstellungen der berufsbildenden Pflichtschule.

Der nun vorgelegte Bericht aktualisiert die statistisch relevanten Daten und beschreibt in ergänzenden Kapiteln aktuelle Problembereiche der Berufsschule.

Personenbezogene Bezeichnungen in diesem Bericht gelten jeweils auch in ihrer weiblichen Form.

Die Stellung der Berufsschule in der Lehrlingsausbildung

Gegenwärtig werden etwa 45 Prozent aller Jugendlichen Österreichs zwischen 15 und 19 Jahren im Rahmen des "dualen Systems", in Betrieb und Berufsschule, ausgebildet.

Der Anteil der Lehranfänger blieb bis zum Jahr 1977 nahezu konstant hoch (er schwankte um rund 48%) und fiel in der Folge bis zum Jahr 1982 bis unter 45%. Seither stieg der Anteil jener Jugendlichen, die sich für eine Lehre entschieden, wieder an. Seit dem Schuljahr 1991/92 ist wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Im Schuljahr 1992/93 sank der Anteil auf 44,8%.

Die Tabelle zeigt die Veränderungen des Anteils der Lehranfänger über zehn Jahre:

(1)

Schuljahr	durchschnittl. gleichaltr. Wohnbevölk.	Lehrlinge im 1. Lj. absol.	%
1982/83	126.733	56.575	44,7
1983/84	124.749	56.520	45,3
1984/85	121.170	55.743	46,0
1985/86	115.817	54.118	46,7
1986/87	110.424	51.063	46,2
1987/88	105.214	49.265	46,8
1988/89	100.025	47.320	47,3
1989/90	97.508	46.315	47,5
1990/91	96.067	45.513	47,4
1991/92	93.847	43.054	45,9
1992/93	91.656	41.045	44,8

Quelle: ÖIFB, 1993

Etwa die Hälfte aller Jugendlichen, die nach Vollendung ihrer Schulpflicht einen weiterführenden gesetzlich geregelten Bildungs- oder Berufsausbildungsweg einschlagen, treten in ein Lehrverhältnis ein und besuchen als Lehrlinge neben der betrieblichen Ausbildung eine Berufsschule. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Lehrlingsausbildung der bedeutendste Bildungsweg der Sekundarstufe II.

Die duale Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule ist keine historische Zufälligkeit.

Die ersten Ansätze einer schulischen Begleitung in der Lehrlingsausbildung gehen bis zum Ausgang des Mittelalters zurück und wurden durch die Sonntagsschulen für Lehrlinge und Gesellen repräsentiert.

Die älteste urkundliche Nachricht über die staatliche Installierung eines dualen Prinzips beruflicher Ausbildung geht auf eine "Handwerksordnung von Steinmetzen, Steinhauer, Maurer, Zimmerleute und Schieferdecker" zurück. In ihr wurden die Betriebe angehalten, den Lehrjungen "das Reissen" zu vermitteln. Damit sie dies auch wirklich erlernen, wurden sie verpflichtet, "alle Wochen zweymal täglich auf Werk-Tägen, auf Sonn- und Feyertägen aber jedesmal, statt der anderen Lehr-Arbeit, im Riß (heute Fachzeichnen) machen und um solches zu verstehen, zu unterrichten".

Die wirtschaftliche und technische Entwicklung, beginnend mit dem Merkantilismus, und das absolutistische Staatsinteresse führten dazu, daß realistische und berufsbildende Sachgebiete in das schulische Bildungswesen einfließen.

In den Fortbildungsschulen kamen zum allgemeinbildenden Fortbildungs- und Wiederholungsunterricht berufsbezogene Aspekte wie z.B. Fachzeichnen, Werkstoff- und Materialkunde hinzu.

Das neuhumanistische Bildungsdenken führte zur Trennung zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung und in Österreich ab 1872 zum Ausbau des berufsbildenden Schulwesens. Dies geschah sowohl in der Form der Vollzeitschule als auch der Teilzeitschule mit stark berufsbildender und fachlicher Komponente.

Die angestrebte Verfachlichung des Unterrichtes in den Fortbildungsschulen mit der notwendigen Praxisnähe führte zum eigentlichen System der dualen Ausbildung, indem die Ausbildung in

einem Lehrberuf sowohl in der Schule als auch im Betrieb erfolgte und die in der Schule aufgewendete Zeit für die Arbeit im Betrieb angerechnet wurde.

Mit der Betonung dieser Verfachlichung wurde folgerichtig auch der Name der Schule in "Berufsschule" geändert.

Der Grundsatz der Verfachlichung des Unterrichtes konnte auf breiter Basis erst nach 1945 verwirklicht werden und führte zum Ausbau des lehrgangsmäßigen Unterrichtes.

Zusammenfassend ist für die allgemeine Entwicklung des Teilzeitunterrichtes für Lehrlinge charakteristisch

- die kontinuierliche Erweiterung der Unterrichtszeit,
- die Abschaffung des Sonntags- und Abendunterrichtes und die Einführung des Tagesunterrichtes,
- die Erweiterung des Bildungsauftrages und
- die zunehmende Verfachlichung des Unterrichtes.

Heute versteht man in Österreich, der BRD und der Schweiz unter Berufsschule im allgemeinen die aus der "gewerblichen Fortbildungsschule" hervorgegangene Teilzeitschule. In der Berufsschule werden Lehrlinge neben der betrieblichen Ausbildung eine bestimmte Stundenzahl wöchentlich (ganzjährige Form) oder eine bestimmte Anzahl von Wochen hindurch jährlich (lehrgangsmäßige Form) unterrichtet.

Aufgrund der bestehenden Gesetzeslage kann man in Österreich nach

- a) Berufsschulen für Lehrberufe im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes
 - b) Hauswirtschaftliche Berufsschulen (nur in Vorarlberg) und
 - c) Land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen
- unterscheiden.

Die statistischen Daten aus dem Schuljahr 1991/92 (letzter verfügbare Daten) über Schulen, Klassen und Schüler zeigen folgende Verteilungen:

(2)

a) Berufsschulen für Lehrberufe

	Schulen	Klassen	Schüler	davon weiblich
1987/88	201	6 260	160 745	55 015
1988/89	202	6 157	155 116	53 279
1989/90	201	6 102	150 251	52 211
1990/91	203	5 991	147 398	51 312
1991/92	201	5 877	143 494	49 433

b) Hauswirtschaftliche Berufsschulen

	Schulen	Klassen	Schüler	davon weiblich
1987/88	17	54	625	625
1988/89	15	43	495	495
1989/90	14	46	505	505
1990/91	14	45	563	563
1991/92	13	44	552	552

c) Land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen

	Schulen	Klassen	Schüler	davon weiblich
1987/88	32	123	2 682	1 080
1988/89	25	106	2 231	966
1989/90	22	102	2 048	904
1990/91	22	95	1 875	930
1991/92	19	84	1 620	829

Quelle: Österreichische Schulstatistik des BMUK, 1993

Von den drei genannten Gruppen ist die Berufsschulen für Lehrberufe im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes die frequentierteste und insofern auch die bedeutendste.

Die Aufgabe der österreichischen Berufsschulen

Das Hauptproblem eines dualen Ausbildungssystems ist die Frage der Abgrenzung der Aufgaben und damit die Stellung der beiden Partner in diesem System.

Die Aufgabe der Berufsschule ist erstmalig durch den § 46 des Schulorganisationsgesetzes 1962 rechtlich abgesichert worden:

"Die gewerbliche und kaufmännische Berufsschule hat die Aufgabe, die Ausbildung der in einem gewerblichen (einschließlich kaufmännischen) Lehrverhältnis oder in einem aufgrund gesetzlicher Vorschriften diesem gleichzuhaltenden Ausbildungsverhältnis stehenden Person durch einen berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht zu ergänzen und zu fördern".

Damit war eine, wenn auch nur sehr allgemein gehaltene Abgrenzung, gegeben. Da für eine Schule auch der Zielparagraph 2 des Schulorganisationsgesetzes gilt, hatte die Berufsschule selbstverständlich neben der in § 46 formulierten Aufgabe auch die für die österreichische Schule vorgesehene Erziehungsaufgabe zu erfüllen.

Für diese Aufgabe sah der § 49 des Schulorganisationsgesetzes 1962 einen vollen Unterrichtstag pro Woche oder einen Lehrgang von acht Wochen pro Schulstufen vor.

Bereits im Jahre 1965 wurde in einer Novelle zum Schulorganisationsgesetz durch die Aufnahme des Wörtchens "mindestens" angedeutet, daß die im Gesetz vorgeschriebene Zeit eine Untergrenze zur Erreichung des Bildungszieles darstellt.

Die weitere Entwicklung war geprägt von einem Überdenken der Ergänzung- und Förderungsaufgabe der Berufsschule und dem Bestreben, die Berufsschule und damit das duale System als einen weiterführenden Bildungsweg in das Bildungssystem zu integrieren und somit die Brücken und Übergänge zu höherer Bildung zu verstärken bzw. zu erleichtern.

Die Auswirkung dieser Bestrebungen brachte die 5. Schulorganisationsgesetznovelle im Jahr 1975, mit der die Aufgabe der Berufsschule neu formuliert wurde:

"Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern."

Diese Aufgabe wurde durch die Einführung der Leistungsgruppen mit der 7. Schulorganisationsgesetz-Novelle im Jahr 1982 erweitert. Mit der 14. Schulorganisationsgesetz-Novelle wurde 1993 die Festlegung der Einrichtung von Leistungsgruppen aus der Bundesregelung herausgenommen und der Ausführungsgesetzgebung übertragen:

"Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hierfür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 8a Abs. 3 erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind".

Die durch die 5., 7. und 14. Schulorganisations-Novelle festgelegten Aufgaben für die Berufsschulen sind derzeit der aktuelle Auftrag an diesen Schultyp.

Die Organisation der Unterrichtszeit in der Berufsschule

Seit 1945 machte es die Führung von Fachklassen mit Werkstättenunterricht für einzelne Berufe oder Berufsgruppen erforderlich, die Lehrlinge aus einem größeren Schülereinzugsgebiet, einem Bundesland oder aus mehreren Bundesländern, zusammenfassen. Einmal, um die für den Fachunterricht erforderliche Einrichtung optimal auszunutzen, zum anderen, um für Splitterberufe überhaupt die nötige Schülerzahl zur Führung von Fachklassen zu erreichen.

Die Verfachlichung und die damit einhergehende örtliche Konzentration des Fachunterrichtes würde für viele Lehrlinge bei ganzjähriger Führung der Fachklassen mit einmal wöchentlichem Unterricht unzumutbare Schulwege bedeuten. Deshalb mußte an Schulen mit einem größeren Lehrlingseinzugsgebiet der Berufsschulunterricht als Blockunterricht in (zumeist) acht aufeinanderfolgenden Wochen pro Lehrjahr organisiert werden. Berufsschulen bzw. Berufsschulklassen in dieser Organisationsform werden als Lehrgangsberufsschulen (Internatsberufsschulen) bezeichnet.

Demnach gibt es derzeit drei Organisationsformen der Berufsschulen:

- a) als ganzjährige Berufsschule mit mindestens einem vollen Schultag oder mindestens zwei halben Schultagen in der Woche, wobei vorgesehen werden kann, daß ein den einen Tag in der Woche überschreitender Unterricht zur Gänze oder teilweise blockmäßig geführt werden darf.
- b) als lehrgangsmäßige Berufsschulen mit einem in jeder Schulstufe mindestens acht - in Schulstufen, die einem halben Jahr des Lehrverhältnisses entsprechen, mindestens vier - Wochen dauernden Unterricht; die dem halben Jahr des Lehrverhältnisses entsprechende Unterrichtszeit kann auch auf die vorhergehenden Schulstufen aufgeteilt werden.
- c) als saisonmäßige Berufsschulen mit einem auf eine bestimmte Jahreszeit zusammengezogenen Unterricht.

Das Verhältnis lehrgangsmäßig geführter Klassen zu Jahresklassen hat in den Bundesländern eine sehr unterschiedliche Ausprägung erfahren. Während in Wien nur zwei Prozent aller Berufsschüler einen lehrgangsmäßigen Unterricht erhalten, sind im Burgenland alle Berufsschulklassen lehrgangsmäßig organisiert.

Bei Durchsicht des statistischen Zahlenmaterials der Schülerzahlen läßt sich deutlich eine Verschiebung der Organisationsform vom ganzjährigen zum lehrgangsmäßigen Unterricht feststellen:

(3)

Schuljahr	Schüler insgesamt	ganzjähriger Unterricht	lehrgangsmäßiger Unterricht
1954/55	125 854	110 348 (88%)	14 187 (11%)
1976/77	179 366	87 782 (49%)	91 438 (51%)
1991/92	143 494	55 060 (38%)	88 318 (62%)

Quelle: Österreichische Schulstatistik des BMUK, 1993

Die saisonmäßige Organisationsform wurde 1991/92 (letzter verfügbare Daten) von 116 Schülern besucht.

Das Verhältnis der Schüler der ganzjährigen Berufsschulen hat sich seit 1954/55 deutlich zugunsten der lehrgangsmäßig geführten Berufsschulen verschoben.

Die Argumente für eine Umstellung des ganzjährigen auf lehrgangsmäßigen Unterricht sind gerade in jenen Lehrberufen einschichtig, wo durch eine zu geringe Anzahl von Lehrlingen keine verfachlichte Ausbildung geboten werden kann. Etliche "Splitterberufe" könnten durch einen bundesweit zusammengefaßten Lehrgang in einer Fachklasse unterrichtet werden.

Derzeit werden Lehrlinge wie z.B. Tierpfleger, Bonbon- und Konfektmacher mit verwandten Lehrberufen gemeinsam unterrichtet.

Von Arbeitgeberseite wird immer darauf gedrängt, zusätzliche Unterrichtszeit während des ganzjährigen Unterrichts zu blocken. In einigen Berufsschulen in Wien wird diese besondere Organisation bereits realisiert.

Insgesamt halten sich die jedoch Pro- und Kontrastimmen für die beiden Organisationsformen etwa die Waage.

Für die lehrgangsmäßige Berufsschule sprechen unter anderem folgende Punkte:

- Die Schüler erhalten einen gleichwertigen Unterricht, da diese Schulen einen großen Sprengel (manchmal das ganze Bundesgebiet) umfassen.
- Der Schulbesuch ist bei weitem besser.
- Für Exkursionen steht mehr Zeit zur Verfügung (auch Mehr-Tages-Exkursionen möglich).
- Die Klassenräume und Lehrwerkstätten sind die ganze Woche in Betrieb und dadurch besser ausgenützt.
- Die Erziehungsfunktion und Lernkontrolle ist im Schülerheim in vielerlei Hinsicht besser möglich.

Für den ganzjährigen Unterricht finden sich unter anderem folgende Argumente:

- Der Unterricht ist eher berufsbegleitend möglich.
- Der Kontakt mit den Eltern der Lehrlinge ist von seiten der Schule besser möglich.
- Der Lehrer trägt nicht die Belastung, fünfmal im Schuljahr einen Lehrgang zu beginnen und zu beenden.
- Die Behaltensleistungen sind aufgrund der verteilten Lernstunden besser als beim komprimierten Lernen im Lehrgangsunterricht.
- Die teilweise angeführte Kritik an den Berufsschulinternaten (z.B. autoritäre Führung, schlechte Ausstattung) entfällt.

Die Organisationsformen des lehrgangsmäßigen und ganzjährigen Unterrichts sind 1993/94 folgendermaßen verteilt:

(4)

Bundesland	lehrgangsmäßig	ganzjährig	beide Formen	Summe
Burgenland	4	-	-	4
Kärnten	3	9	8	20
Niederösterreich	22	4	1	27
Oberösterreich	12	8	9	29
Salzburg	4	3	6	13
Steiermark	20	4	3	27
Tirol	14	11	3	28
Vorarlberg	1	9	-	10
Wien	1	31	6	38

Quelle: BMUK, Abteilung 21, 1994

Die schulische Vorbildung der Berufsschüler

Die Voraussetzung für den Eintritt in eine österreichische Berufsschule ist die Absolvierung der neunjährigen Schulpflicht und der Abschluß eines Lehrvertrages. 1992 kamen ca. 40% der Berufsschüler aus dem Polytechnischen Lehrgang, etwa 20% aus der Hauptschule. Der Anteil der Berufsschüler, die aus weiterführenden Vollzeitschulen (AHS, BMS, BHS) in die Berufsschule übertraten, lag 1992 bei ca. 36%.

Der Anteil der Lehranfänger mit nicht mehr als Volksschulbildung lag im Jahre 1992 bei 0,26%. Dabei dürfte die Verbesserung der schulischen Versorgung eine bedeutende Rolle spielen. In absoluten Zahlen ausgedrückt ist der Anteil der Lehranfänger nur mit Volksschulbildung von 5.351 im Jahr 1970 auf 109 im Jahr 1992 zurückgegangen. Seit dem Jahre 1991 hingegen ist ein leichter Anstieg von Lehranfängern mit Volksschulbildung zu verzeichnen (0,07%).

Obwohl die Zubringerfunktion des Polytechnischen Lehrganges und der Hauptschule für die Berufsschule unumstritten ist (fast 2/3 der Berufsschüler), so ist doch auch in diesem Bereich eine gewisse Dynamik feststellbar. Bis zum Jahr 1975 stieg demnach der Anteil der Lehranfänger aus diesen beiden Schultypen beständig an und war 1975 mit 79% am höchsten. Ab dem Jahr 1976 ging der Anteil wieder zurück und zwar so stark, daß der Anteil aus diesen beiden Schultypen (Hauptschule und Polytechnischer Lehrgang) zuletzt weit unter den Stand von 1970 gefallen ist.

Analog zu dieser Entwicklung vollzieht sich eine Gegenbewegung, nämlich ein stark steigender Anteil von Lehranfängern aus weiterführenden Vollzeitschulen. Kamen 1970 nur etwa 12% der Lehranfänger aus der AHS, BMS oder BHS, so lag dieser Anteil 1992 bei über 36%.

Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung der Schulbildung der Lehranfänger von 1973 bis 1992:

Schulbildung der Lehranfänger in Österreich

(5)

Jahr	VS	SOS	HS	PTL	HaSch	FS	AHS	BHS	Sonstige	Gesamt
1973	3.633	999	18.230	20.574	1.654	993	1.434	1.257	2.467	51.241
in %	7,09	1,95	35,58	40,15	3,23	1,94	2,80	2,45	4,81	100,00
1978	400	1.301	19.312	29.254	2.850	1.659	2.212	2.214	4.501	63.703
in %	0,63	2,04	30,32	45,92	4,47	2,60	3,47	3,48	7,07	100,00
1983	74	784	13.993	27.126	2.942	3.267	1.764	3.054	3.778	56.782
in %	0,13	1,38	24,64	47,77	5,18	5,75	3,11	5,38	6,65	100,00
1987	27	602	11.071	21.509	2.009	3.567	1.484	3.491	3.615	47.375
in %	0,06	1,27	23,37	45,40	4,24	7,53	3,13	7,37	7,63	100,00
1988	31	538	10.503	20.099	1.914	4.181	1.880	4.141	3.996	47.283
in %	0,07	1,14	22,21	42,51	4,05	8,84	3,98	8,76	8,45	100,00
1989	30	611	10.027	19.440	1.720	5.150	2.141	4.161	2.944	46.224
in %	0,06	1,32	21,69	42,06	3,72	11,14	4,63	9,00	6,37	100,00
1990	53	620	9.150	19.660	1.609	4.384	2.675	4.181	3.155	45.487
in %	0,12	1,36	20,12	43,22	3,54	9,64	5,88	9,19	6,94	100,00
1991	80	584	8.907	18.400	1.581	3.551	2.474	3.871	3.774	43.222
in %	0,19	1,35	20,61	42,57	3,66	8,22	5,72	8,96	8,73	100,00
1992	109	568	8.904	16.876	1.643	4.054	2.505	3.821	2.999	41.479
in %	0,26	1,37	21,47	40,69	3,96	9,77	6,04	9,21	7,23	100,00

Quelle: Österreichischer Arbeiterkammertag, 1993

Die schulische Vorbildung männlicher und weiblicher Berufsschüler

Insgesamt gab es in Österreich im Jahr 1992 27.043 männliche und 14.436 weibliche Lehranfänger. Davon hatten rund 70% der männlichen und etwa 47% der weiblichen Schüler eine Hauptschule oder einen Polytechnischen Lehrgang absolviert. Der Anteil der Mädchen aus weiterführenden Vollzeitschulen ist mit ca. 52% fast doppelt so groß wie der der Burschen (rund 28%). Auch wenn man berücksichtigt, daß ein vermutlich beträchtlicher Teil jener weiblichen Lehranfänger, die aus weiterführenden Schulen kommen, eine Haushaltungsschule besuchten, gelangt man dennoch zu dem Schluß, daß die Schulbildung der Mädchen dem Niveau nach über dem der Burschen liegt.

Eine wichtige Ursache dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß der Mädchenanteil an der Zahl der Lehrlinge insgesamt nach wie vor relativ gering ist und daß in vielen Fällen nur Mädchen mit besserer Schulbildung Zugang zu einer Lehrausbildung finden. Eine weitere Ursache dürfte in dem Umstand zu suchen sein, daß die besondere Lehrberufsstruktur bei Mädchen mit ihrem Schwerpunkt bei kaufmännischen Berufen diese Wirkung noch weiter verstärkt. Das vorliegende Datenmaterial zeigt auch, daß in den letzten Jahren diesbezüglich keine wesentlichen Änderungen erfolgt sind, sondern sich die genannten Tendenzen eher noch verstärkt haben. Es wäre zu prüfen, inwieweit hier Konzepte wie "Mädchen in nicht-traditionelle Lehrberufe" bzw. "Töchter können mehr" beitragen, dieser Tendenz entgegenzusteuern.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderung der Schulbildung männlicher und weiblicher Berufsschüler von 1973 bis 1992:

Schulbildung männlicher Lehranfänger in Österreich (6)

Jahr	VS	SOS	HS	PTL	HaSch	FS	AHS	BHS	Sonstige	Gesamt
1973	2.978	862	12.881	14.595	1.010	277	1.058	1.037	289	34.987
in %	8,51	2,46	36,82	41,72	2,89	0,79	3,02	2,96	0,83	100,00
1978	350	1.180	14.167	20.141	1.624	711	1.472	1.616	617	41.878
in %	0,84	2,82	33,83	48,09	3,88	1,70	3,51	3,86	1,47	100,00
1983	61	715	10.379	19.663	1.333	1.199	1.116	2.068	263	36.797
in %	0,17	1,94	28,21	53,44	3,62	3,26	3,03	5,62	0,71	100,00
1987	23	555	8.262	15.477	940	1.449	903	2.250	440	30.299
in %	0,08	1,83	27,27	51,08	3,10	4,78	2,98	7,43	1,45	100,00
1988	25	472	7.810	14.588	902	1.813	1.166	2.606	467	29.849
in %	0,08	1,58	26,17	48,87	3,02	6,07	3,91	8,73	1,56	100,00
1989	26	532	7.236	14.104	806	1.848	1.297	2.609	490	28.948
in %	0,09	1,84	25,00	48,72	2,78	6,38	4,48	9,01	1,69	100,00
1990	46	539	6.703	14.339	758	1.849	1.618	2.652	605	29.109
in %	0,16	1,85	23,03	49,26	2,60	6,35	5,56	9,11	2,08	100,00
1991	70	497	6.423	13.515	722	1.674	1.428	2.491	765	27.585
in %	0,25	1,80	23,28	48,99	2,62	6,07	5,18	9,03	2,77	100,00
1992	96	465	6.476	12.434	801	2.071	1.503	2.523	674	27.043
in %	0,35	1,72	23,95	45,98	2,96	7,66	5,56	9,33	2,49	100,00

Schulbildung weiblichen Lehranfänger in Österreich

Jahr	VS	SOS	HS	PTL	HaSch	FS	AHS	BHS	Sonstige	Gesamt
1973	655	137	5.349	5.979	644	716	376	220	2.178	16.254
in %	4,03	0,84	32,91	36,78	3,96	4,41	2,31	1,35	13,40	100,00
1978	50	121	5.145	9.113	1.226	948	740	598	3.884	21.825
in %	0,23	0,55	23,57	41,75	5,62	4,34	3,39	2,74	17,80	100,00
1983	13	69	3.614	7.463	1.609	2.068	648	986	3.515	19.985
in %	0,07	0,35	18,08	37,34	8,05	10,35	3,24	4,93	17,59	100,00
1987	4	47	2.809	6.032	1.069	2.118	581	1.241	3.486	17.387
in %	0,02	0,27	16,16	34,69	6,15	12,18	3,34	7,14	20,05	100,00
1988	6	66	2.693	5.511	1.012	2.368	714	1.535	3.529	17.434
in %	0,03	0,38	15,45	31,61	5,80	13,58	4,10	8,80	20,24	100,00
1989	4	79	2.791	5.336	914	3.302	844	1.552	2.454	17.276
in %	0,02	0,46	16,16	30,89	5,29	19,11	4,89	8,98	14,20	100,00
1990	7	81	2.447	5.321	851	2.535	1.057	1.529	2.924	16.752
in %	0,04	0,48	14,61	31,76	5,08	15,13	6,31	9,13	17,45	100,00
1991	10	87	2.484	4.885	859	1.877	1.046	1.380	3.008	15.636
in %	0,06	0,56	15,89	31,24	5,49	12,00	6,69	8,83	19,24	100,00
1992	13	103	2.428	4.442	842	1.983	1.002	1.298	2.325	14.436
in %	0,09	0,71	16,82	30,77	5,83	13,74	6,94	8,99	16,11	100,00

Quelle: Österreichischer Arbeiterkammertag, 1993

Die Lehrpläne der Berufsschule

Ab 1908 wurden vom Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Reihe von Normallehrplänen für fachlich-gewerbliche Fortbildungsschulen erlassen wie z.B. für metallverarbeitende Gewerbe, für das Tischlergewerbe, das Schumachergewerbe, das Kleidermachergewerbe, das Bäcker- und Metzgergewerbe, das Baugewerbe oder das Mechanikergewerbe.

Die prozentuelle Verteilung der wöchentlichen Stundenzahl auf die Hauptgegenstandsgruppen war lehrberufsmäßig verschieden und außerdem davon abhängig, ob Lehrwerkstättenunterricht erteilt wurde. In den meisten Lehrplänen waren für fachliche Fortbildungsschulen o h n e Lehrwerkstättenunterricht

29% für den gewerblich-kaufmännischen Unterricht
einschließlich Bürgerkunde und
71% für den Fachunterricht

und für fachliche Fortbildungsschulen m i t Lehrwerkstätten-
unterricht

23% für den gewerblich-kaufmännischen Unterricht
einschließlich Bürgerkunde und
77% für den Fachunterricht

vorgesehen.

Die auf der Bildungsaufgabe fußenden Lehrpläne aus dem Jahre 1963 kannten sowohl eine allgemein-gewerbliche Berufsschule als auch 35 fachlich-gewerbliche und sieben fachlich-kaufmännische Lehrplanformen. Die wesentlichen Unterrichtsbereiche waren Staatsbürgerkunde, betriebswirtschaftlicher Unterricht und der Fachunterricht. Bei den fachlich-gewerblichen Berufsschulen waren für den Unterrichtsgegenstand "Praktische Arbeit" 22% bis 44% der gesamten Unterrichtszeit vorgesehen. Dieses verhältnismäßig große Ausmaß des Werkstättenunterrichtes in der Berufsschule war Ausdruck der starken Verfachlichungstendenzen, des

Bemühens um Praxisnähe des Unterrichtes und der großen Bedeutung, die der Ergänzung der Aufgabe der Berufsschule zugemessen wurde.

Die Bildungs- und Lehraufgabe für den Unterrichtsgegenstand "Praktische Arbeit" lautete:

"Vermittlung aller wesentlichen handwerklichen Fertigkeiten des Berufes im Zusammenwirken mit der Ausbildung im Betrieb ..."

In den didaktischen Grundsätzen stand:

"Die praktische Arbeit soll dem Lehrling vor allem zur Übung jener Fertigkeiten und Techniken Gelegenheiten geben, deren Aneignung ihm die Ausbildung im Lehrbetrieb nur selten ermöglicht...".

Dies bedeutete eine Überforderung der Berufsschule sowohl in zeitlicher als auch in didaktischer Hinsicht, die dadurch bedingt war, daß die Abgrenzung der Aufgaben zwischen Berufsschule und Betrieb schon mangels eines Berufsausbildungsgesetzes und geregelter Berufsausbilder nicht möglich war.

Die Lehrplanverordnung 1976 setzte neue Maßstäbe. So wurde auf dem Gebiet der Lehrpläne die Verfachlichung abgeschlossen (151 Lehrpläne für 225 Lehrberufe) und durch eine Ermächtigung der Landesschulräte eine Erweiterung des fachlichen Unterrichtes in den Lehrberufen ermöglicht.

Die Aufgabe des Unterrichtsgegenstandes "Praktische Arbeit" wurde neu formuliert:

"Die Ergänzungsaufgabe des Unterrichtsgegenstandes Praktische Arbeit liegt nicht im Üben von in der betrieblichen Lehre zu erlernenden Fertigkeiten...", sondern im Zusammenwirken mit der betrieblichen Ausbildung in der Vermittlung der wesentlichen Fertigkeiten des Berufes, vor allem jener, die einer besonderen unterrichtlichen Behandlung bedürfen.

Die in den ehemaligen Unterrichtsgegenständen "Staatsbürgerkunde" und "Schriftverkehr mit Gewerbekunde" enthaltenen staatsrechtlichen und gewerbe- und sozialrechtlichen Gesetze und Vorschriften wurden mit anderen Sachbereichen in einem eigenen Unterrichtsgegenstand "Politische Bildung" zusammengefaßt.

Diese Sachbereiche sollten nach den didaktischen Anweisungen im Sinne einer problemorientierten, kritischen Auseinandersetzung vermittelt werden. Dieser Unterrichtsgegenstand umfaßte 80 von 1080 Unterrichtseinheiten.

Durch die Einführung einer lebenden Fremdsprache und Leibesübungen als Freigegegenstände wurde 1976 auch ein erster Schritt im Sinne einer Erweiterung der Allgemeinbildung und der besseren Integration in das weiterführende Bildungswesen getan.

Durch die 7. Schulorganisations-Novelle wurde die Führung von Leistungsgruppen in bestimmten Pflichtgegenständen der Lehrpläne vorgesehen.

Der derzeit gültige § 47 des Schulorganisationsgesetzes lautet:

- (1) Im Lehrplan der Berufsschule sind als Pflichtgegenstände vorzusehen:
 1. Religion (nach Maßgabe der Bestimmungen des Religionsunterrichtsgesetzes)
 2. Unterrichtsgegenstände der Allgemeinbildung;
 3. betriebswirtschaftliche und die für den betreffenden Lehrberuf erforderlichen theoretischen und praktischen Unterrichtsgegenstände.
- (2) An jenen Berufsschulen, an denen Religion nach den Bestimmungen des Religionsunterrichtsgesetzes nicht als Pflichtgegenstand gelehrt wird, ist Religion als Freigegegenstand vorzusehen.

-
- (3) In einem, zwei oder drei Pflichtgegenständen im Bereich des betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterrichtes sind zwei Leistungsgruppen vorzusehen. Hievon hat eine Leistungsgruppe die zur Erfüllung der Aufgabe der Berufsschule notwendigen Erfordernisse und die andere ein erweitertes oder vertieftes Bildungsangebot zu vermitteln.
- (4) Ferner sind im Lehrplan Leibesübungen als unverbindliche Übungen und eine lebende Fremdsprache als Freigegegenstand vorzusehen.

1990 wurde eine berufsbezogene Fremdsprache als Pflichtgegenstand in sämtliche Berufsschullehrpläne aufgenommen und die Berufsschulzeit geringfügig erweitert. Desgleichen wird seit 1990 in allen neu erstellten Lehrpläne die Stundenzahl für die einzelnen Pflichtgegenstände fixiert, den Ländern aber die Aufteilung auf die Schulstufen überlassen.

Beginnend mit dem Schuljahr 1993/94 wird der Pflichtgegenstand "Deutsch und Kommunikation" sukzessive in die Berufsschullehrpläne eingebaut.

Als Beispiel für eine Studentafel des Lehrplanes eines gewerblichen Lehrberufes sei der "Schilderhersteller" angeführt:

Gesamtstundenzahl: 3 Schulstufen zu insgesamt 1 260 Unterrichtsstunden (ohne Religionsunterricht), davon im

a) ganzjährigen Unterricht
in der ersten Klasse mindestens 540, in der zweiten und in der dritten Klasse mindestens je 320 Unterrichtsstunden,

b) lehrgangsmäßigen und saisonmäßigen Unterricht
in der ersten, zweiten und dritten Klasse mindestens je 360 Unterrichtsstunden.

Pflichtgegenstände	Stunden
Religion 1)	2)
Politische Bildung	80
Deutsch und Kommunikation	40
Betriebswirtschaftlicher Unterricht	200
Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr	
Wirtschaftsrechnen mit Buchführung 3)	
Fachunterricht	
Berufsbezogene Fremdsprache 4)	120
Fachkunde 3) 5)	240
Fachzeichnen	240
Praktische Arbeit	340
Gesamtstundenzahl (ohne Religionsunterricht)	1 260
Freigegegenstände	
Religion 1)	2)
Lebende Fremdsprache (als zweite Fremdsprache) 6)	
Unverbindliche Übungen	
Leibesübungen 6)	
Kunsthandwerkliche Techniken	20 - 40
Förderunterricht 6)	

1) 2) Siehe Anlage A, Abschnitt II.

3) Dieser Pflichtgegenstand kann in Leistungsgruppen mit vertieftem Bildungsangebot geführt werden.

4) Die Aufteilung der Stunden auf die drei Klassen hat mit 40 - 40 - 40 zu erfolgen.

5) Die Fachkunde kann in folgende Unterrichtsgegenstände geteilt werden: Werkstoffkunde, Spezielle Fachkunde.

6) Siehe Anlage A, Abschnitt III.

Eine Stundentafel eines Lehrplanes eines kaufmännischen Lehrberufes am Beispiel "Speditionskaufmann" sieht derzeit folgendermaßen aus:

Gesamtstundenzahl: 3 Schulstufen zu insgesamt 1 260 Unterrichtsstunden (ohne Religionsunterricht), davon im ganzjährigen, lehrgangsmäßigen und saisonmäßigen Unterricht mindestens je 320 Unterrichtsstunden pro Klasse.

Pflichtgegenstände	Stunden
Religion 1)	2)
Politische Bildung	80
Deutsch	40
Betriebswirtschaftlicher Unterricht	
Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr	120
Rechnungswesen 3)	200
Fachunterricht	
Berufsbezogene Fremdsprache 4)	120
Computerunterstützte Speditionspraxis	140
Speditions- und Transportwesen 3)	240
Verkaufskunde	40
Verkehrsgeographie 3)	120
Zoll und Außenhandel 3)5)	200
 Gesamtstundenzahl (ohne Religionsunterricht)	 1 260
 Freigegegenstände	
Religion 1)	2)
Lebende Fremdsprache 6)	
 Unverbindliche Übungen	
Leibesübungen 6)	
 Förderunterricht 6)	

1) 2) Siehe Anlage A, Abschnitt II.

3) Dieser Pflichtgegenstand kann in Leistungsgruppen mit vertieftem Bildungsangebot geführt werden.

4) Die Aufteilung der Stunden auf die drei Klassen hat mit 40 - 40 - 40 zu erfolgen.

5) Der Pflichtgegenstand "Zoll und Außenhandel" kann in "Tarifarische Warenkunde" und "Zollkunde" geteilt werden.

6) Siehe Anlage A, Abschnitt III.

Die Lehrer an Berufsschulen

In der Berufsschule unterscheidet man Lehrer der

- Fachgruppe I, die bei einer Lehrverpflichtung von 23 Wochenstunden den allgemeinbildenden und betriebswirtschaftlichen Unterricht abhalten.
- Fachgruppe II, die bei einer Lehrverpflichtung von 23 Wochenstunden den fachtheoretischen Unterricht (z.B. Fachkunde, Fachzeichnen) durchführen.
- Fachgruppe III, die im Rahmen einer Lehrverpflichtung von 24,25 Wochenstunden die fachpraktische Ausbildung in den Werkstätten vornehmen.

Lehrer der Fachgruppe I benötigen eine facheinschlägige Reifeprüfung (z.B. Handelsakademie) sowie zwei Jahre einschlägige Praxis in der Wirtschaft.

Lehrer der Fachgruppe II benötigen ebenfalls eine facheinschlägige Reifeprüfung (z.B. Höhere technische Lehranstalt) sowie zwei Jahre einschlägige Praxis in der Wirtschaft.

Beim Lehrer der Fachgruppe III werden die Meisterprüfung im jeweiligen Beruf und sechs Jahre einschlägige Praxis vorausgesetzt.

Die Diensthoheit der Lehrer an Berufsschulen haben die Länder, die die angehenden Pädagogen vorerst als Vertragslehrer einstellen.

Die Bezahlung der Berufsschullehrer wird zwischen Bund und Ländern je zur Hälfte getragen.

Um den Vertragslehrern, egal welcher Fachgruppe, den Beginn der Unterrichtstätigkeit zu erleichtern, wird ihnen in der Regel ein

erfahrener Lehrer an der Schule beigelegt. Weiters werden sie, begleitend zur Unterrichtspraxis, an den Pädagogischen Instituten ausgebildet, die es in allen neun Bundesländern gibt.

Diese Neulehrerschulung geht über mindestens zwei Schuljahre und kann als "Pre-Service-Training" bezeichnet werden. Bei diesem Training werden die Neulehrer in einer 160 Stunden dauernden Sozialphase rechtlich, humanwissenschaftlich und fachlich geschult. Begleitend dazu haben sie Hausaufgaben als individuelle Vor- oder Nachbereitung zur Sozialphase zu erarbeiten. Diese verpflichtenden Lehrveranstaltungen werden nach Lehrplan in Wochenseminaren beziehungsweise Abendveranstaltungen abgeführt.

Nur die erfolgreiche Absolvierung des "Pre-Service-Trainings" berechtigt zur Aufnahme in die Berufspädagogische Akademie.

Dieser Ausbildungsabschnitt an der Berufspädagogischen Akademie dauert zwei Semester und wird von den Vertragslehrern bei Freistellung vom Unterricht besucht. Am Ende wird die Lehramtsprüfung für Berufsschulen abgelegt.

Die Ausbildung an der Berufspädagogischen Akademie, die es in Graz, Innsbruck, Linz und Wien gibt, erfolgt wohl theoriegeleitet, kann jedoch auf die Erfahrungen des Lehrers aufbauen. Das Phänomen des Praxisschocks ist daher unbekannt; Arbeitslosigkeit bei Berufsschullehrern ebenso.

Nach der Lehramtsprüfung kann der Berufsschulpädagoge die Lehrbefähigung für weitere Unterrichtsgegenstände (z.B. Lebende Fremdsprache, Leibesübungen) durch Erweiterungsprüfungen erwerben.

Derzeit gibt es in Österreich etwa 4.600 Lehrer an Berufsschulen.

Eine detaillierte Aufstellung über die Anzahl der Berufsschullehrerinnen/lehrer aus dem Schuljahr 1991/92 verteilt nach Bundesländern und Alter ist der folgenden Statistik zu entnehmen: (7)

Lehrerinnen und Lehrer, Alter	Schuljahr	Geschlecht	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	Österreich
bis 30 Jahre	Ö	m	3	17	40	32	17	34	38	18	46	245
		w	3	7	31	32	14	20	23	12	33	175
		z	6	24	71	64	31	54	61	30	79	420
	P	m	-	-	1	-	-	-	1	-	2	4
		w	-	-	-	-	-	1	-	-	4	5
		z	-	-	1	-	-	1	1	-	6	9
	Ö+P	m	3	17	41	32	17	34	39	18	48	249
		w	3	7	31	32	14	21	23	12	37	180
		z	6	24	72	64	31	55	62	30	85	429
31-40 Jahre	Ö	m	46	104	141	183	67	158	112	79	124	1.014
		w	13	33	67	91	35	53	28	28	79	427
		z	59	137	208	274	102	211	140	107	203	1.441
	P	m	-	-	3	-	-	13	1	-	3	20
		w	-	-	-	-	-	2	-	-	7	9
		z	-	-	3	-	-	15	1	-	10	29
	Ö+P	m	46	104	144	183	67	171	113	79	127	1.034
		w	13	33	67	91	35	55	28	28	86	436
		z	59	137	211	274	102	226	141	107	213	1.470
41-50 Jahre	Ö	m	39	125	205	240	88	194	130	70	233	1.324
		w	9	15	51	55	26	62	28	11	110	367
		z	48	140	256	295	114	256	158	81	343	1.691
	P	m	-	-	2	-	-	11	-	-	9	22
		w	-	-	-	-	-	-	-	-	6	6
		z	-	-	2	-	-	11	-	-	15	28
	Ö+P	m	39	125	207	240	88	205	130	70	242	1.346
		w	9	15	51	55	26	62	28	11	116	373
		z	48	140	258	295	114	267	158	81	358	1.719
51-60 Jahre	Ö	m	24	65	140	124	51	108	100	40	121	773
		w	2	19	22	26	9	21	5	2	49	155
		z	26	84	162	150	60	129	105	42	170	928
	P	m	-	-	2	-	-	1	1	-	5	9
		w	-	-	-	-	-	-	-	-	7	7
		z	-	-	2	-	-	1	1	-	12	16
	Ö+P	m	24	65	142	124	51	109	101	40	126	782
		w	2	19	22	26	9	21	5	2	56	162
		z	26	84	164	150	60	130	106	42	182	944
über 60 Jahre	Ö	m	1	9	5	5	1	8	8	6	5	48
		w	-	-	-	1	-	-	2	1	1	5
		z	1	9	5	6	1	8	10	7	6	53
	P	m	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3
		w	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
		z	-	-	-	-	-	-	-	-	3	3
	Ö+P	m	1	9	5	5	1	8	8	6	8	51
		w	-	-	-	1	-	-	2	1	1	5
		z	1	9	5	6	1	8	10	7	9	56
zusammen	Ö	m	113	320	531	584	224	502	388	213	529	3.404
		w	27	74	171	205	84	156	86	54	272	1.129
		z	140	394	702	789	308	658	474	267	801	4.533
	P	m	-	-	8	-	-	25	3	-	22	58
		w	-	-	-	-	-	3	-	-	24	27
		z	-	-	8	-	-	28	3	-	46	85
	Ö+P	m	113	320	539	584	224	527	391	213	551	3.462
		w	27	74	171	205	84	159	86	54	296	1.156
		z	140	394	710	789	308	686	477	267	847	4.618

Quelle: Österreichische Schulstatistik, 1993

Aktuelle Problemstellung

Voraussichtliche Entwicklung der Lehrlingszahlen

Die statistischen Kennwerte sind unter Beachtung der veränderten Zählweise durch die Schulstatistik zu interpretieren.

Durch die Zuwanderung ausländischer Kinder kam es zur signifikanten Zunahme von außerordentlichen Schülerinnen und Schülern. Deshalb wurde zum Stichtag 1. Oktober die Zählweise insofern umgestellt, als ab sofort auch die außerordentlichen SchülerInnen in den publizierten Zahlen enthalten sind. Diese neue Zählweise ist besser geeignet, die Klassenrealität zahlenmäßig darzustellen.

Die zeitliche Entwicklung zeigt, daß 1987 etwa ebensoviele (167.000) Österreicher an Universitäten und Hochschulen studierten, wie Lehrlinge die Berufsschulen besuchten. Seither ist die Zahl der Berufsschüler gesunken, die Studentenzahlen dagegen gestiegen. Noch 1980, am Höhepunkt des Zustroms Jugendlicher in die Lehrlingsausbildung, war die Zahl der Berufsschüler fast doppelt so hoch wie die der Studenten (103.000).

Zum Polytechnischen Lehrgang ist anzumerken, daß dieser im Schuljahr 1986/87 von etwa 25.000 Schülern absolviert wurde, und seither die Absolventenzahl rückläufig ist. 1984 war die Zahl der Absolventen mit 31.400 etwa gleich hoch wie die Zahl der Maturanten (AHS und BHS), die seither auf 33.300 angestiegen ist.

Während die Zahl der Absolventen des Polytechnischen Lehrganges auf 18.248 im Schuljahr 1992/93 zurückgegangen ist, stabilisiert sich die Zahl der Maturanten (AHS und BHS) auf ca. 33.000.

Die Schülerzahlen der einzelnen Schultypen sowie deren relative Veränderung illustrieren das geänderte Bildungsverhalten der Österreicher. Die höchsten Zuwachsraten an Schülern verzeichnen die berufsbildenden höheren Schulen. Am stärksten geht die Zahl jener Jugendlichen zurück, die keine über die allgemeine Schulpflicht hinausgehende Bildung erwerben.

Infolge der demographischen Entwicklung sinkt bis zum Jahr 2000 allerdings die Zahl der jugendlichen Berufsanfänger aller Qualifikationen. Bis 2000 wird sich daher die Altersstruktur der Erwerbstätigen verändern.

Organisationsprobleme, die dem Bildungswesen aus Schwankungen der Bevölkerungsentwicklung erwachsen, müssen auch unter Berücksichtigung der Bildungsbereitschaft der Bevölkerung gesehen werden.

Zahlreiche tradierte oder in der Expansionsphase entstandene Strukturen und Leitvorstellungen sind durch den Schülerrückgang in Frage gestellt.

Aufgrund der vorliegenden Bevölkerungsprognosen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes wird für das Jahr 2011 die Einwohnerzahl Österreichs in den nächsten 30 Jahren zwar insgesamt annähernd konstant bleiben, der Anteil der einzelnen Altersgruppen wird sich jedoch drastisch verändern.

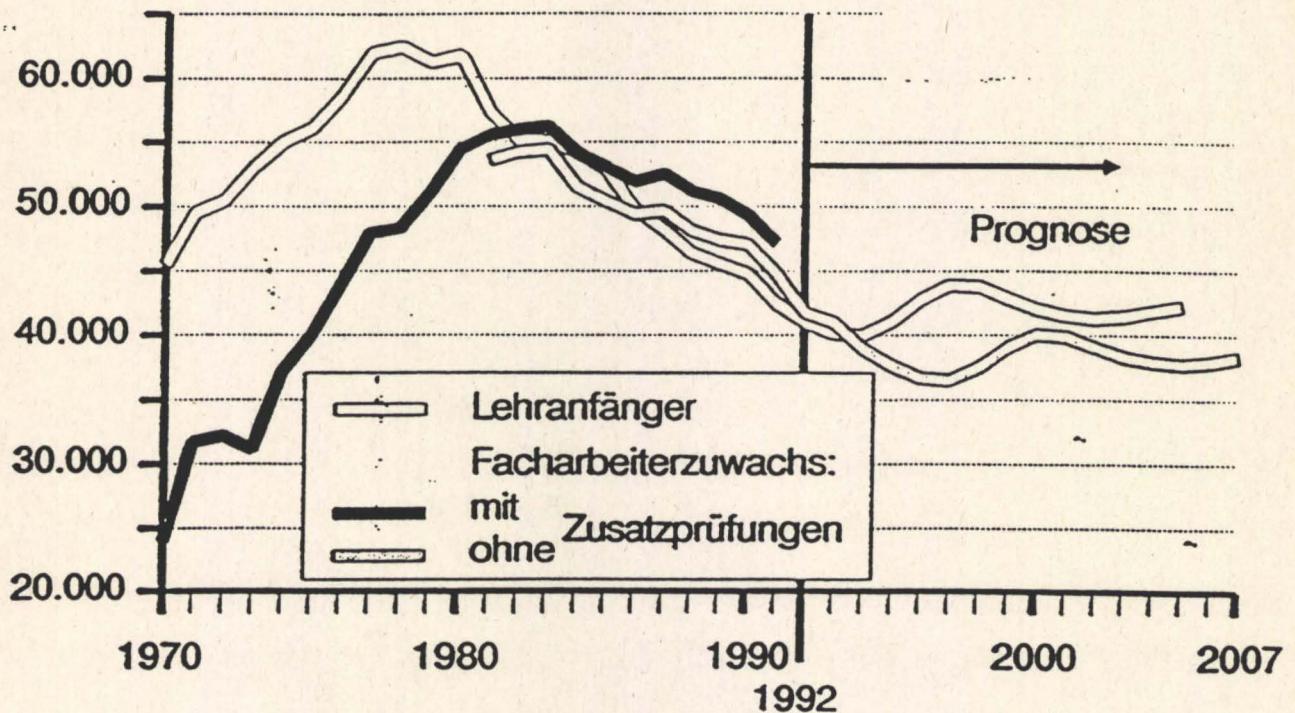
- * Die Zahl der 0 bis 5jährigen wird insgesamt um ca. 20% abnehmen,
 - * die der 6 bis 14jährigen um ca. 30% und
 - * die der 15 bis 19jährigen um insgesamt 32%.
- Demgegenüber wird die Zahl der Personen
- * im Erwerbsalter (20 bis 59) insgesamt leicht ansteigen bzw.
 - * ab 60 um ca. 20% anwachsen.

Nach den Prognosedaten wird die Zahl der 15- bis 19jährigen am stärksten abnehmen (insgesamt um ca. 32%).

Demographische Entwicklung

(8)

1970 - 2005/07



Quelle: ÖIBF, 1993

Die Entwicklung der Bildungsneigung der 14jährigen zeigt einen deutlichen und kontinuierlichen Zuwachs der Schüler an weiterführenden Vollzeitschulen, der sich ab Mitte der 80iger Jahre bei etwa 50% einpendelte (1970: 33%; 1987: 51%; 1991/92: 50,5%).

Gleichzeitig ging der Anteil der 16jährigen Jugendlichen ohne weitere Bildung innerhalb von 20 Jahren von 18% auf fast 2% zurück, jener der Lehrlinge von 60% auf 46%. An den berufsbildenden Pflichtschulen wurden im Schuljahr 1991/92 um 2,8% weniger Lehrlinge unterrichtet als im Jahr davor.

Auch hier ist ein starker Trend zur Höherqualifizierung feststellbar.

Insgesamt registriert die Schulstatistik mit 1,166.168 Schülern erstmals wieder deutlich steigende Zahlen. Das sind um 33.000 Schüler mehr als 1990/91 und um 12.000 mehr als 1991/92. Den Grund für den kräftigen Zuwachs sieht man im Österreichischen Statistischen Zentralamt u.a. im verstärkten Zustrom von ausländischen Kindern.

Es läßt sich ein Trend zu höheren Bildungsgängen feststellen, der nicht nur durch ein allgemein höheres Prestigebedürfnis erklärbar ist, sondern sicher auch durch den Wunsch, einer schulischen "Sackgasse" zu entgehen.

Effizient entgegengesteuert kann diesem Trend nur durch eine an der internationalen Entwicklung orientierten Strukturveränderung des gegenständlichen Schulbereiches werden, d.h. durch ein flexibleres und vor allem durch ein durchlässigeres Ausbildungssystem.

Bisher sind zwar im Anschluß an die Lehrabschlußprüfung Weiterbildungsmöglichkeiten durch Vorbereitungs- und Aufbaulehrgänge möglich, doch sind diese ob ihrer Zeitdauer (mindestens zusätzliche 6 Semester) für 18jährige Facharbeiter unattraktiv. Außerdem können diese Lehrgänge derzeit nicht als Lehrgänge der Berufsschule geführt werden.

Im Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengänge wurde der Zugang für Absolventen des dualen Systems mit einschlägiger beruflicher Qualifikation sichergestellt. Die ersten Entwürfe zu einzelnen Fachhochschulstandorten lassen jedoch wenig Hoffnung aufkommen, daß die Betreiber die Vorbildung von ausgelernten Lehrlingen dementsprechend berücksichtigen.

Der allgemeine, bereits angesprochene Trend zur Höherqualifizierung und das damit verbundene "Auslaugen" der jeweiligen (formal) weniger qualifizierenden Schultypen wird in Zukunft vermehrt zu einem harten Konkurrenzkampf zwischen den berufsbildenden Schularten führen.

Die folgende Tabelle zeigt Prognosedaten bis zum Jahr 2003:

(9)

Schuljahr	Absolventen aus			Schul- absolventen	Lehr- absolventen
	BMS	BHS	AHS		
1983/84	13.630	11.444	16.819	41.893	54.081
1984/85	13.032	12.893	17.176	43.101	53.059
1985/86	12.394	13.336	17.461	43.191	51.931
1986/87	11.455	13.956	17.216	42.627	52.503
1987/88	10.856	14.395	16.493	41.744	51.174
1988/89	10.270	14.226	16.176	40.672	50.568
1989/90	9.858	15.159	15.279	40.296	46.094

Prognose:					
1990/91	9.453	15.043	14.258	38.754	44.331
1991/92	9.485	15.029	13.853	38.367	43.589
1992/93	9.009	14.833	14.392	38.234	42.999
1993/94	8.869	15.967	13.715	38.551	42.439
1994/95	8.686	15.477	13.494	37.657	41.494
1995/96	8.623	15.022	13.426	37.071	40.471
1996/97	8.777	14.715	13.406	36.898	40.414
1997/98	9.068	14.658	13.783	37.509	41.558
1998/99	9.323	15.031	14.337	38.691	43.429
1999/00	9.402	15.604	14.724	39.730	44.609
2000/01	9.310	16.043	14.723	40.076	44.499
2001/02	9.168	16.085	14.465	39.718	43.574
2002/03	9.037	15.837	14.225	39.099	42.763

Index:					
1989/90	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1990/91	95,9	99,2	93,3	96,2	96,2
1991/92	96,2	99,1	90,7	95,2	94,6
1992/93	91,4	97,8	94,2	94,9	93,3
1993/94	90,0	105,3	89,8	95,7	92,1
1994/95	88,1	102,1	88,3	93,5	90,0
1995/96	87,5	99,1	87,9	92,0	87,8
1996/97	89,0	97,1	87,7	91,6	87,7
1997/98	92,0	96,7	90,2	93,1	90,2
1998/99	94,6	99,2	93,8	96,0	94,2
1999/00	95,4	102,9	96,4	98,6	96,8
2000/01	94,4	105,8	96,4	99,5	96,5
2001/02	93,0	106,1	94,7	98,6	94,5
2002/03	91,7	104,5	93,1	97,0	92,8

Quelle: ÖIBF, 1993

Aktuelle Problemstellung

Berufsschüler mit nichtdeutscher Muttersprache.

Der Anteil der Berufsschüler mit nichtdeutscher Muttersprache betrug 1992 nach einer vom Unterrichtsressort zusammengestellten Erhebung der Landesschulräte, welche den Anteil der Schüler erhoben, die aufgrund ihrer Sprachschwierigkeiten dem Unterricht nicht entsprechend folgen konnten, 5,7 %. Die regionale Verteilung auf die Bundesländer zeigt folgendes Bild:

(10)

Bundesland	AHS		BHS		BMS		BS	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
Burgenland	287	6,1%	83	2,0%	35	1,7%	36	1,2%
Kärnten	107	0,9%	126	1,8%	46	2,9%	102	1,4%
Niederösterr.	529	2,1%	320	1,7%	338	3,9%	249	1,1%
Oberösterr.	384	1,7%	166	2,4%	146	5,1%	762	3,1%
Salzburg	246	2,4%	60	1,0%	103	3,5%	367	5,5%
Steiermark	221	0,9%	51	0,5%	54	1,2%	128	1,8%
Tirol	174	1,5%	85	1,0%	107	2,4%	189	1,4%
Vorarlberg	216	3,6%	133	3,7%	195	9,4%	991	13,5%
Wien	4696	10,9%	1278	8,6%	908	17,4%	3697	16,2%
Osterreich	6858	4,3%	2302	2,9%	1932	5,5%	6521	5,7%

Quelle: BMUK, 1992

Für Klassen mit einem hohen Anteil an Schülern nichtdeutscher Muttersprache werden seit dem Schuljahr 1991/92 verschiedene Schulversuchsmodelle erprobt.

Für das Schuljahr 1993/94 sind - mit Ausnahme des Burgenlandes - alle Bundesländer in die Schulversuche einbezogen.

Folgende Modelle werden erprobt:

Modell 1:

Förderbedürftigen Berufsschülern wird ein "Deutschkurs" als zusätzlicher Unterricht angeboten. Dieser dauert vier Wochen während des ersten Semesters des ganzjährigen Unterrichtes bzw. vor dem lehrgangsmäßigen Unterricht. Pro Woche sind 35 Unterrichtsstunden vorgesehen. Für das restliche erste Schuljahr werden die Berufsschüler in ihre jeweilige Fachklasse integriert. Das Modell wird 1993/94 in 23 Versuchsklassen erprobt.

Modell 2:

Der "Deutschkurs" wird anstelle eines Vier-Wochen-Blocks auf mehrere Wochen im ganzjährigen Unterricht als zusätzlicher Unterricht organisiert.

Das Modell wird 1993/94 in 8 Versuchsklassen erprobt.

Modell 3:

In Versuchsklassen, in denen der Anteil von Berufsschülern mit nicht deutscher Muttersprache 50 Prozent oder mehr beträgt, wird in vier Pflichtgegenständen ein zweiter Lehrer eingesetzt. Die Versuchsklasse wird je nach pädagogischer Notwendigkeit in Gruppen geteilt oder im Teamteaching unterrichtet.

Dieses Modell wird 1993/94 in 26 Versuchsklassen erprobt.

Modell 4:

Das Modell ist eine Kombination aus Modell 1 und Modell 3 und wird in Versuchsklassen, in denen der Anteil der Berufsschüler mit nichtdeutscher Muttersprache 50 Prozent oder mehr beträgt, realisiert.

Im 1. Semester des ganzjährigen Unterrichtes werden über drei Wochen zusätzlich Deutschkenntnisse vermittelt. Pro Woche sind 35 Unterrichtsstunden vorgesehen.

Im 2. Semester werden in vier Pflichtgegenständen zwei Lehrer eingesetzt, wobei der im Lehrplan vorgesehene leistungsdifferenzierte Unterricht ausgesetzt wird.

Das Modell wird 1993/94 in zwei Versuchsklassen erprobt.

Alle Schulversuche sind nur für die jeweils erste Schulstufe vorgesehen.

Als Begleitung dieser Schulversuche wurde bereits 1991 ein entsprechendes Lehrerfortbildungsprogramm (spezielle Deutschdidaktik) begonnen, welches etwa 80 Fortbildungsstunden in zwei Seminaren umfaßt .

Außerdem sind seit 1992 Unterrichtsmedien in Erprobung, die von einer speziellen Lehrergruppe betreut werden. Die Entwicklung weiterer Medien erfolgt im Rahmen eines PETRA-Programmes.

Aktuelle Problemstellung

Internationalisierung

Die Vorbereitung des österreichischen Bildungswesens auf die europäische Integration ist eine zentrale Aufgabe der Bildungspolitik in den kommenden Jahren. Aufgrund der historischen, sozialen und kulturellen Traditionen von Bildungssystemen werden die unmittelbaren Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf die allgemeine und berufliche Bildung vermutlich wenig spektakulär verlaufen. Entscheidend für die Integration Österreichs im Bereich Bildung wird das Maß an Mobilität, Innovation, Sprachkompetenz und gegenseitiger Information sein.

Obwohl das österreichische Bildungssystem international anerkannt ist, wird es notwendig sein, zügig auf europäische Tendenzen zu reagieren.

Für den Bereich der dualen Ausbildung läßt sich behaupten, daß die Lehrlingsausbildung zu stark aufgesplittert ist (dzt. über 220 Lehrberufe) und mit Imageproblemen kämpft. Immer weniger Jugendliche ergreifen einen Lehrberuf.

Die Antwort darauf kann nur heißen, das Schul- und Ausbildungswesen attraktiver und flexibler zu gestalten. Dies betrifft vor allem Regelungen zur Anerkennung schulischer bzw. beruflicher Abschlüsse, die intensive Förderung des Fremdsprachenunterrichts, die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen, die Teilnahme an den Bildungsprogrammen der EU sowie die Öffnung der Durchlässigkeit aller Bildungswege.

Es gilt, die Grundsätze "Vielfalt" und "Subsidiarität" in den Beschlüssen von Maastricht für den Bereich der beruflichen Bildung zu berücksichtigen, damit die gemeinschaftlichen Aktionen der Förderung, Ergänzung und Unterstützung in die nationale Bildungspolitik einfließen können. So soll für Österreich die Bildungspolitik in den nächsten Jahren nicht unter der Vorherr-

schaft ökonomischer Argumente, sondern weiter nach dem Leitprinzip der Öffnung und Demokratisierung des Schulwesens gestaltet werden.

Zumindest drei Bereiche werden die Internationalisierung des dualen Systems in Zukunft bestimmen:

Bereich 1 - Multilaterale Zusammenarbeit

Vorrangig wird es sich in diesem Bereich um die Vorbereitung der Teilnahme an den verschiedenen Programmen der EU handeln. Die Beteiligung an den Ausbildungsprogrammen, die die obere Sekundarstufe erfassen und hier insbesondere die betriebsbezogene bzw. dual organisierte Ausbildung, ist von enormer Wichtigkeit. Beispielhaft dafür werden in der Folge Hinweise auf das Programm PETRA und das Pilotprojekt "Eurowalz" gegeben.

Schwerpunkt des Programmes PETRA ist die berufliche Erstausbildung Jugendlicher und ihre Vorbereitung auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben. Nach den Zielvorstellungen des Programmes sollen alle Jugendlichen nach Beendigung ihrer Schulpflicht die Möglichkeit zu einer zwei- oder mehrjährigen Berufsausbildung erhalten. Zugleich strebt PETRA den Aufbau eines europäischen Netzwerkes von Ausbildungs- und Jugendinitiativen an und will die Anpassungsfähigkeit der verschiedenen Ausbildungssysteme durch grenzüberschreitende Partnerschaft verstärken. Integrierte Ausbildungsabschnitte sollen es z.B. Lehrlingen erlauben, einzelne dieser Abschnitte in verschiedenen Ländern zu durchlaufen.

Als Zielvorgaben werden u.a. genannt:

- Zugang zu einer Berufsausbildung für alle Jugendlichen,
- Aufwertung des Status der beruflichen Bildung,
- Vermittlung neuer Berufsqualifikationen,
- Stärkere Berücksichtigung weiblicher Jugendlicher bei technischen und naturwissenschaftlichen Ausbildungsgängen.

Die besondere Förderung von Ausbildungsprogrammen und Praktika im Ausland soll quantitativ beträchtlich erhöht werden, und zwar auf bis zu 36.000 im Jahr 1993 und bis zu 48.000 im Jahr 1994. Innerhalb von drei Jahren soll damit der Austausch von insgesamt 100.000 Jugendlichen gefördert werden, darunter 20.000 junge Arbeitnehmer (Lehrlinge). Der Zielgruppe Lehrlinge wird im Programm insgesamt ein hoher Stellenwert beigemessen.

In einem Vorgriff auf das Zustandekommen des EWR-Vertrages hat die Arbeitsgemeinschaft der ARGE-ALP, der die Berufsschulen aus Südtirol, der Schweiz, von Bayern, Baden-Württemberg und Österreich angehören, über Initiative des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst das Projekt EURO-WALZ beschlossen. In einer ersten Phase hat man sich, aufgrund der Bereitschaft der Wiener KFZ-Mechanikerinnung, auf den Lehrberuf des KFZ-Mechanikers eingeschränkt. Die vorrangigen Ziele dieses Pilotprojektes sind:

- Kennenlernen der Ausbildungssysteme anderer Länder,
- Praxis in einem ausländischen Betrieb und
- Informationsaustausch im fachlichen Bereich.

Für das Projekt, das zwischen 20. April und 23. Mai 1992 realisiert wurde, waren Lehrlinge aus dem zweiten Lehrjahr ausgewählt worden, da die Übereinstimmung der Berufsbilder in den beteiligten Staaten in diesem Ausbildungsjahr sehr hoch ist. Insgesamt handelte es sich um den Austausch von fünf ausländischen und fünf österreichischen Berufsschülern. Wichtige Erkenntnisse brachte das Projekt im Hinblick auf Organisation, Finanzierung und rechtliche Fragestellungen. Da keine finanziellen Mittel der EU zur Verfügung standen, mußten, um keine zusätzlichen finanziellen Belastungen sowohl für Lehrlinge und deren Eltern wie auch Betriebe entstehen zu lassen, die Aufenthalts- und Fahrtkosten vom jeweiligen Gastland übernommen werden. In Österreich wurden die Kosten von den Sozialpartnern getragen.

Die Lehrzeit im Ausland wird den Lehrlingen voll angerechnet und auch sozial- und arbeitsrechtlich besteht zum inländischen Status kein Unterschied.

Bereich 2 - Zwischenstaatliche Kooperationen

Von großer Bedeutung für das duale Ausbildungssystem sind die zwischenstaatlichen Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland. Aufgrund des Berufsausbildungsabkommens zwischen Österreich und der BRD und der dazugehörigen Ergänzung des Kataloges an gleichgehaltenen Prüfungszeugnissen werden derzeit 120 Zeugnisse österreichischer Lehrabschlußprüfungen mit 179 Zeugnissen deutscher Abschluß/Gesellenprüfungen gleichgestellt. Durch dieses Abkommen werden ab sofort für Absolventen des dualen Systems die internationalen Berufschancen erweitert. Konkret heißt das, daß die österreichischen Lehrabschluß-Prüfungszeugnisse, z.B. als Flachdrucker, Steinmetz oder Konditor, in der BRD als gleichwertig anerkannt werden.

Nach dem Muster der Zusammenarbeit mit der BRD sollen auch mit Frankreich und der Schweiz entsprechende Abkommen getroffen werden.

Bereich 3 - Ostkontakte

Vor dem Hintergrund der verstärkten wirtschaftlichen Verflechtung mit den ehemaligen Ostblockstaaten, eines intensiven Arbeitskräfteaustausches und der Zusammenarbeit beim Aufbau der betrieblichen Berufsausbildung werden bei der Einrichtung schulischer Erstausbildungen von Österreich Hilfestellungen angeboten.

So konnte im Sommer 1992 eine Berufsschule für Dachdecker in Vezprem/Ungarn eröffnet werden. Von der österreichischen Schulverwaltung wurde dazu über Jahre Hilfestellung für die schulorganisatorischen und schulunterrichtlichen Rahmenbedingungen in Ungarn geleistet. Außerdem wurde der Lehrplan für die Dachdeckerberufsschule in Vezprem konzipiert und die zukünftigen ungarischen Lehrer über mehrere Monate in der Berufsschule Langenlois/NÖ in die spezielle Didaktik des Berufsschulunterrichtes eingewiesen. Der Bau der ungarischen Berufsschule wurde weitestgehend mit österreichischem Know-how geplant. Maßgeblicher Initiator für dieses Projekt war die Firma BRAMAC.

Ausblick

1. Die Entwicklung der Schülerzahlen in der Berufsschule

Die absoluten Schülerzahlen an Berufsschulen nehmen seit 1980 ab. Nachdem in den 80er Jahren die quantitative Bewältigung der Ausbildungsnachfrage weitgehend gelungen ist, besteht heute im allgemeinen ein Angebotsüberschuß an Lehrstellen. In letzter Zeit ist eine Trendumkehr bemerkbar. In Wien gibt es bereits mehr Lehrstellensuchende als Lehrstellenangebote.

Derzeit werden 140.000 Lehrlinge ausgebildet.

Die Tatsache, daß die Hauptschule als bisher größter traditioneller Zubringer für das duale System in den großen Ballungsräumen zu einer "Minderheitenschule" wird, bewirkt, daß auch ein wichtiger Zubringer zur Berufsschule an Bedeutung verliert.

Daneben besteht die Tendenz, den Polytechnischen Lehrgang durch den Besuch der ersten Klasse einer berufsbildenden mittleren oder höheren Schule zu ersetzen. Der Polytechnische Lehrgang wird daher in seiner ursprünglich geplanten Funktion immer fragwürdiger. Oft erfüllt er nur mehr "Warteraumcharakter". Ein Übergang vom Polytechnischen Lehrgang in eine weiterführende Schule (AHS, BHS) kommt kaum vor.

2. Die Attraktivität der Lehre

Die Einkommens- und vor allem Status-Differenzen zwischen Lehrabsolventen und Abgängern berufsbildender Vollzeitschulen sind evident. Sie gibt es auch innerhalb der Lehrberufe. Gewerbliche Facharbeiterberufe sind weniger gefragt als Weiße-Kragen-Berufe. Die Weiterbildungsmöglichkeiten der Lehrlinge sind gegenüber anderen Schülern aufgrund schulorganisatorischer und zeitlicher Bedingungen massiv erschwert.

Die Trends der Bildungsorientierung Jugendlicher und ihrer Eltern lassen sich heute schlagwortartig als Streben nach möglichst hohen Abschlüssen charakterisieren. Der Grund dafür liegt darin, daß solche Abschlüsse günstigere Optionen für den weiteren Bildungsweg eröffnen und aussichtsreichere Berufskarrieren versprechen.

Die allgemeine Bildungsorientierung an Bildungsgängen mit Reifeprüfung birgt die Gefahr der "Austrocknung" des Facharbeitermarktes. Sie macht auch die duale Ausbildung gegenüber konkurrierenden Bildungsgängen, die ohne "Umwege" zu höherer Bildung führen, in den Augen vieler Jugendlicher und ihrer Eltern zunehmend weniger attraktiv.

Im Zuge der Veränderungen der Ansprüche an Arbeit und Beruf verändern sich auch die Berufswahlorientierungen hin zu Berufen in Büro, Verwaltung und hochqualifizierten Dienstleistungstätigkeiten, weg von Berufen im Handwerk und in der Produktion.

Diese Trends können mittel- und langfristig dazu führen, daß sich die Bildungsnachfrage von den Strukturen des Beschäftigungssystems zu weit entfernt und zu dauerhaften Ungleichgewichten am Arbeitsplatz für Fachkräfte führt.

Berufsbildungspolitische Instrumente allein sind überfordert, diese Trends zu verändern. Bei einem marktwirtschaftlich geprägten Arbeitsmarkt und der Freiheit der Bildungsweg- und Berufswahl kann die Berufsbildungspolitik Rahmenbedingungen verändern und systemorientierte Barrieren abbauen. Inwieweit solche Veränderungen zu veränderten Bildungsentscheidungen führen, wird aber insbesondere davon abhängen, welche Arbeitsbedingungen, Weiterbildungs-, Berufs-, Karriere- und Einkommenschancen mit der getroffenen Berufswahl verbunden sind.

Ziel muß sein, die Berufsschule in eine Gesamtkonzeption der Oberstufe einzubetten. Nach wie vor gibt es keine Berücksichtigung der in der dualen Ausbildung erworbenen Qualifikationen bei

einem Übertritt in das weiterführende Schulsystem. Der "Sackgasencharakter" der Lehrlingsausbildung ist unübersehbar. Die Durchlässigkeit des Schulsystems für Berufsschüler muß im Rahmen einer Reform der Sekundarstufe II sichergestellt werden.

Um der künftigen, durch die demographische Entwicklung bedingten verschärften internen Konkurrenz berufsbildender Schulen entgegenzuwirken, ist die Flexibilität und Durchlässigkeit des dualen Systems durch den Ausbau ergänzender Berufsbildungsmaßnahmen zu gewährleisten.

Die raschen, insbesondere technologischen Veränderungen von einzelnen Lehrberufen machen diese unter Beibehaltung der bisherigen Berufsorientierung zu potentiellen Umschulungsquellen. Dies erfordert einerseits ein grundlegendes Überdenken der didaktischen Konzeption im Bereich der Berufsberatung und andererseits ein Abgehen von der Konzeption des "Splittings" von Arbeitsmarktangeboten in unzählige Lehrberufe und eine Hinwendung zu einem Modell von Berufsfeldern, um eine qualifizierte, rational und emotional abgesicherte Berufswahl zu fördern.

Die Verbesserung der äußeren Rahmenbedingungen des dualen Systems (permanente Lehrplanreform, bessere Kooperation Schule und Betrieb, Verlängerung der Berufsschulzeit, etc.) ist von einer Reform der inneren Struktur der Berufsschule zu begleiten (Projektorientiertes Unterrichten, Blockunterricht, qualitative Verbesserung der Berufsschullehreraus- und -fortbildung, etc.)

3. Das Schülerpotential in der Berufsschule

Die Nachfrage an Lehranfängern ist in den 80er Jahren durch Jugendliche ausgeglichen worden, die früher keine Berufsbildung begonnen hätten. Diesem qualitativen Ausgleich der Nachfrage durch Jugendliche, die früher keinen Beruf erlernten, sind jedoch gegenwärtig Grenzen gesetzt. Andererseits werden durch den Konkurrenzdruck anderer Bildungswege der Berufsschule Begabungen entzogen.

Der Großteil der Lehrlinge kommt aus Bildungsgängen, deren Ziel nicht höhere Bildung ist. 20 % der Lehrlinge kommen direkt aus der Hauptschule und haben damit mindestens einmal repetiert. 35 % der Lehranfänger sind Drop-outs aus weiterführenden Schulen.

Anders ausgedrückt: Mehr als die Hälfte der Lehrlinge hat in der Schullaufbahn bereits einmal eine Klasse wiederholt.

Die unmittelbaren Kontaktpersonen im Betrieb der Lehrlinge sind Erwachsene. In ca. 70 % der Lehrbetriebe ist der Lehrling der einzige Jugendliche. Für viele Lehrlinge gibt es daher keine adäquate Peer-group. Lehrlinge sind im Gegensatz zu anderen Jugendlichen unmittelbar mit der realen Arbeitswelt konfrontiert.

Zum Unterschied von Vollzeitschülern durchläuft der jugendliche Facharbeiter eine "Kurzpubertät".

Dem Lehrling gleiche sozialpsychologische Bedingungen zu verschaffen, wie Jugendlichen, die in einer Vollzeitschule verbleiben, ist kaum möglich.

4. Die Kompensationsfunktion der Berufsschule

Im Vordergrund der betrieblichen Ausbildung steht eine meist produktionsorientierte Schulung, die noch durch die Kleingewerbestruktur der Wirtschaft verschärft wird. Einzig die Berufsschule kann diese einseitige Fachorientierung z.B. durch Erweiterung der Allgemeinbildung kompensieren.

Der Unterricht in der Berufsschule ist inhaltlich auf Fachgegenstände konzentriert, die die betriebliche Ausbildung ergänzen. Ein Teil des Fächerkanons besteht aus betriebswirtschaftlichem Unterricht. Der Gegenstand "Politische Bildung" komplettiert den Fächerkanon, in dem seit zwei Jahren auch "Berufsbezogenes Englisch" aufgenommen wurde. Ab dem Schuljahr 1993/94 wird der Pflichtgegenstand "Deutsch und Kommunikation" für elf Lehrpläne

eingeführt. Er dient der Förderung der rhetorischen Fähigkeiten der Lehrlinge und wird in den nächsten Jahren sukzessive auf alle Lehrpläne erweitert.

Methodisch unterscheidet sich der Berufsschulunterricht, der gegenüber anderen Schultypen nur begrenzte zeitliche Spielräume hat, nicht von anderen Schulen.

Die Berufsschule muß fachlich breiter und in der Allgemeinbildung konkreter werden. Vieles spricht für "Flächen-Lehrpläne". Überlegt werden sollte, inwieweit die praktische Arbeit, deren Umsetzung in hochtechnisierten Berufen immer teurer wird, zugunsten von Laborübungen reduziert werden sollte. Deshalb sollte die Nutzung nichtschulischer Einrichtungen (Industriewerkstätten) als Lernort der Berufsschule überlegt werden.

Der Fächerkanon im Fachunterricht sollte von einzelnen Gegenständen zu Gegenstandsbereichen (z.B. Fachkunde mit Rechnen, Labor mit Zeichnen) geändert werden, um flexiblere Möglichkeiten des Unterrichtens zu schaffen.

Methodisch ist auf die besondere Situation der Lehrlinge durch offene Lernformen einzugehen.

5. Die Reform der Berufsschullehrerausbildung

Die Ausbildung der Berufsschullehrer in sonderpädagogischen Maßnahmen wird immer notwendiger.

Die Ausbildung der Berufsschullehrer an den Berufspädagogischen Akademien ist derzeit durch ein hohes Maß an "Verschulung" gekennzeichnet. Vor allem fehlen Möglichkeiten des selbständigen Handelns und Forschens. Diese Entwicklung ist problematisch, da alle auszubildenden Lehrer an der Berufspädagogischen Akademie bereits über genügend Berufserfahrung verfügen. Sinnvoll wäre, die Fachausbildung, die der Berufsschullehrer bereits mitbringt, zu berücksichtigen und durch Fernstudien zu ergänzen.

Ziel wäre eine Vertiefung der sozial-, human- und geisteswissenschaftlichen Fächer und mehr Zeit für die Erprobung und Einführung von neuen und offenen Unterrichtsmethoden (z.B. Teamteaching, Partner- und Gruppenarbeit, Rollenspiele, Dilemmasituationen, projektorientierte Methoden) einzuplanen.

Weiters wird eine Lockerung des Fachgruppenprinzips und eine verstärkte Ausbildung in sonderpädagogischen Methoden angestrebt.

Verzeichnis der Tabellen und Grafiken

(1) Anteil der Lehranfänger 1982/83 bis 1992/93	3
(2) Schulen, Klassen, Schüler in den Berufsschulen	6
(3) Schülerzahlen im ganzjährigen und lehrgangmäßigen Unterricht im Vergleich der Schuljahre 1954/55, 1976/77 und 1991/92	10
(4) Die lehrgangmäßige und ganzjährige Organisation in den Bundesländern im Schuljahr 1993/94	12
(5) Verteilung der Schulbildung der Lehranfänger von 1973 bis 1992	14
(6) Verteilung der Schulbildung der männlichen und weiblichen Berufsschüler von 1973 bis 1992	16
(7) Anzahl der Berufsschullehrerinnen/lehrer verteilt auf Bundesländer und Alter im Schuljahr 1991/92	25
(8) Demographische Entwicklung ausgewählter Altersgruppen ..	28
(9) Prognose der Schul- und Lehrabsolventen bis 2003	30
(10) Anteil von Berufsschülern mit nichtdeutscher Muttersprache nach Bundesländern im Jahr 1992	31

Quellenverzeichnis

BMUK, Schüler und Schülerinnen mit nichtdeutscher Muttersprache im AHS-, BMHS- und BS-Bereich, Wien 1992.

BMUK, Abt. 21, Die österreichische Berufsschule, Wien 1994.

BMUK, Österreichische Schulstatistik 92/93, Heft 42, Wien 1993.

ÖIBF (Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung)
Lehrlinge und Facharbeiter am Arbeitsmarkt, Wien 1993.

ÖIBF (Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung)
Bildungswahlverhalten der Pflichtschulabgänger, Wien 1993.

Österreichischer Arbeiterkammertag, Lehrlinge in Österreich 1992, Wien 1993.

